

Nordirland: IRA SAGT SORRY

Dreissig Jahre nach dem 'Bloody Friday', als die IRA am 21. Juli 1972 in Belfast nicht weniger als 22 Bomben innerhalb einer einzigen Stunde zündete und neun Menschen tötete und 130 zum Teil schwer verletzte, dreissig Jahre, in denen die IRA immer wieder dazu aufgefordert wurde, ihre Mordtaten einzugestehen und für die vielen Opfer ihres "Krieges" Abbitte zu leisten, nach dreissig Jahren defensiver Statements und ausweichender Worte, hat die IRA am 16. Juli dieses Jahres einen für alle Beobachter überraschenden Schritt getan: sie hat sich unumwunden bei den Opfern ihrer Kampagne

"Während es nicht unsere Absicht war, Zivilisten zu verletzen oder zu töten, so war das in der Realität die Konsequenz unserer Taten."

Die "aufrichtige Entschuldigung" betrifft alle zivilen Todesopfer und Verletzten von IRA-Aktionen. Ihren Angehörigen und Familien gilt das "Sorry" der IRA. Der Schmerz und die Trauer um "Kombattanten" (also diejenigen, die die IRA als "legitime Ziele" ihrer Aktionen ansah – britische Soldaten, RUC-Beamte, Sicherheitskräfte und alle, die mit ihnen zusammen- oder in ihrem Auftrag arbeiteten) wird nur "zur Kenntnis genommen". Doch dann fährt die Erklärung fort, dass es "keine Rangordnung unter den Opfern" geben dürfe, was explizit sowohl sogenannte Kombattanten als auch Nicht-Kombattanten einschliesst. Mit einem Bekennt-

nis zum Friedensprozess und dem Eingeständnis von "Fehlern der Vergangenheit" und den "Verletzungen und dem Schmerz, die wir anderen bereitet haben," schliesst das erstaunliche und ohne Zweifel bedeutende IRA-Statement.

Too little – too late?

Die IRA-Erklärung wurde in der Republik Irland und von der britischen Regierung begrüsst. Die Entschuldigung setze ein klares Signal. Sie sei "ein wichtiger Beitrag im Prozess der Konsolidierung des Friedensprozesses und der Versöhnung," erklärten Taoiseach Bertie Ahern und

sein Außenminister Brian Cowen. Auch einige der Angehörigen der Opfer vom 21. Juli 1972 begrüßten die Gäste der IRA. Tom Donnelly, dessen Schwester am Bloody Friday unter den Opfern war, sagte, er sei "überwältigt" von dem Statement, das ihm "Hoffnung für die Zukunft" gebe. Der Pfarrer Joseph Parker, dessen Sohn als 14-jähriger an jenem Freitag sein Leben

DIE IRA-STELLUNGNAHME IM WORTLAUT

Sunday July 21 marks the 30th anniversary of an IRA operation in Belfast in 1972 which resulted in nine people being killed and many more injured. While it was not our intention to injure or kill non-combatants, the reality is that on this and on a number of other occasions, that was the consequence of our actions.

It is, therefore, appropriate on the anniversary of this tragic event, that we address all of the deaths and injuries of non-combatants caused by us. We offer our sincere apologies and condolences to their families. There have been fatalities amongst combatants on all sides. We also acknowledge the grief and pain of their relatives. The future will not be found in denying collective failures and mistakes or closing minds and hearts to the plight of those who have been hurt. That includes all of the victims of the conflict, combatants and non-combatants.

It will not be achieved by creating a hierarchy of victims in which some are deemed more or less worthy than others.

The process of conflict resolution requires the equal acknowledgment of the grief and loss of others. On this anniversary, we are endeavouring to fulfil this responsibility to those we have hurt. The IRA is committed unequivocally to the search for freedom, justice and peace in Ireland. We remain totally committed to the peace process and to dealing with the challenges and difficulties which this presents. This includes the acceptance of past mistakes and of the hurt and pain we have caused to others."

Dublin, 16 July 2002 P O'Neill

liess, begrüßte die Entschuldigung, auch wenn sie mit 30 Jahren Verspätung komme, "ausdrücklich" als "Schritt in die richtige Richtung." Die Unionisten in Nordirland zeigten sich dagegen skeptisch ob der "halberzigen Entschuldigung". Die Unionisten wollten kein "Beileid" von der IRA, sagte Lord Kilclooney (John Taylor von der UUP), "sondern eine Versiche-



rung der IRA, dass der Krieg vorbei ist." Jeffrey Donaldson, Trimbles Anti-Agreement Widersacher, wischte die Entschuldigung vom Tisch: "Es gibt nur wenige Menschen hier, die sich von den Worten der IRA dahingehend täuschen lassen, dass sie dem Friedensprozess verpflichtet ist. Ich beurteile die IRA nach ihren Taten." Tony Blair dagegen attestierte der IRA im Britischen Unterhaus, sie sei "noch nie so weit entfernt von der Wiederaufnahme der Gewalt gewesen" wie derzeit. Und das war Tage vor der IRA-Erklärung!

IRA unter Druck

David Trimble, der Vorsitzende der Ulster Unionists und First Minister Nordirlands, hatte wieder einmal ein Ultimatum gestellt. Die britische Regierung müsse Sinn Féin bis 24. Juli dazu bringen, die "Verletzungen des Waffenstillstands" der IRA abzustellen oder Sanktionen gegen Sinn Féin erlassen, sonst werde er die gemeinsame nordirische Regierung platzieren lassen und seine Partei aus dem nordirischen Parlament zurückziehen. Er forderte darüber hinaus das Recht als First Minister, Sinn Féin-Minister entlassen zu können. War also die Entschuldigung der IRA nur ein taktisches Manöver, um die Beurteilung des Waffenstillstands durch die britische Regierung zu beeinflussen? Eine Blitzumfrage des *Irish Independent* spricht dagegen: Etwa 60 % meinten, die IRA-Erklärung sei eine "genuine Anstrengung", etwa 30 % meinten, sie sei nur Mittel, um Sanktionen gegen Sinn Féin abzuwehren, während 3,5 % keine der beiden Alternativen gelten liessen, und

IRA-Anschläge

21. Juli 1972

Neun Tote und 130 Verletzte, als 27 IRA-Bomben in Belfast explodieren (Bloody Friday).

5. Oktober 1974

Fünf Tote und 44 Verletzte bei Bombenanschlag auf einen Pub in Guildford (England).

21. November 1974

21 Tote bei Bombenanschlag auf Pub in Birmingham (England).

12. Oktober 1984

5 Tote bei Bombenanschlag auf das Grand Hotel in Brighton, in dem Margaret Thatcher und Mitglieder ihres Kabinetts während des Parteitags der Konservativen wohnten.

11. November 1987

11 Tote bei Bombenanschlag am Totengedenktag in Enniskillen.

20. März 1993

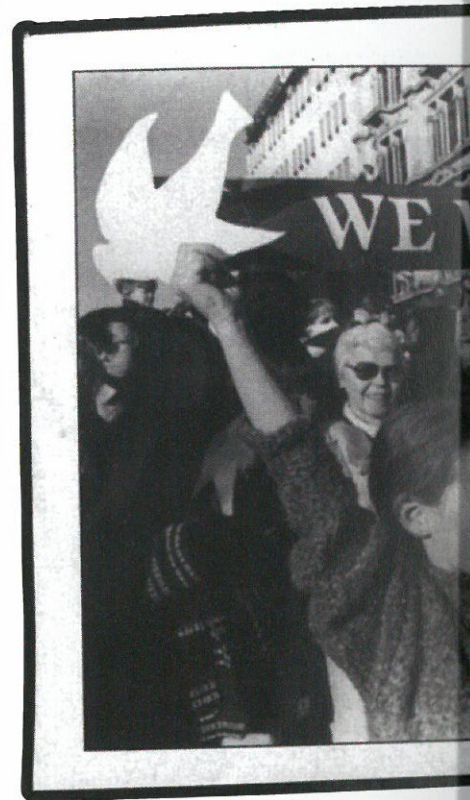
Zwei tote Kinder und 55 Verletzte bei Bombenanschlag in Warrington (England).

9. Februar 1996

Zwei Tote und hundert Verletzte beim Bombenanschlag auf Canary Wharf in London, mit dem die IRA ihren Waffenstillstand von 1994 aufkündigte (den sie dann 1997 wieder erneuerte).

6,5 % keine Meinung dazu hatten. Ohne Zweifel war die IRA in den vergangenen Monaten unter Druck geraten. Da war einmal die mutmassliche Verwicklung von IRA-Repräsentanten in terroristische Aktivitäten in Kolumbien, die den USA-Beziehungen von Sinn Féin mehr als abträglich waren. Dann kam, nach dem 11. September, die Frage auf, ob die IRA nicht auch Ziel I den "Kampf gegen den Terrorismus" eingeschlossen werden müsste (wiederum eine Belastung für Sinn Féin in den USA), dann die Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem

Castlereagh-Einbruch (der aber inzwischen eher als 'Inside-Job' der Sicherheitskräfte gesehen wird), Gerüchte um angebliche neue Waffenimporte der IRA, die Entdeckung einer "Hitliste" – auf der führende britische Konservative als potenzielle IRA-Anschlagsopfer aufgeführt sein sollen, und schliesslich die Strassenkrawalle in East Belfast (wobei offensichtlich über einen Kamm geschert wird, ob jugend-



liche Rowdys, IRA-Mitglieder, IRA-Splittergruppen oder Dissidenten dafür verantwortlich sind – es wird immer an der Tür von Sinn Féin abgelandet)!

Gerry Adams und Martin McGuinness versuchen die Moral nach innen zu festigen, und gleichzeitig auf dem Weg zum Frieden weiterzugehen. Dazu passt, dass Adams dieses Frühjahr in einem Dubliner Luxushotel eine 'Heldenfeier' für die "verdienten Kämpen" der IRA veranstaltete, für deren Tun sich die IRA jetzt entschuldigt hat. Denn der Druck kommt nicht nur von aussen – es gibt Hardliner in der



IRA, die mit der Friedensstrategie nur sehr beschränkt einverstanden sind und in der Waffenfrage bremsen. Die beiden Dekommissionierungs-Akte letzten Herbst und dieses Frühjahr,

als die IRA jeweils einen Teil ihrer Waffen unbrauchbar machte, konnte etwas vom äusseren Druck beseitigen, aber die zunehmenden Unruhen in Belfast diesen Sommer liessen – zumindest bei Unionisten – vermehrt Zweifel am IRA-Waffenstillstand aufkommen. Seit dem Belfast Abkommen hat es in Nordirland über 100 Tote gegeben. Allerdings fielen die meisten davon loyalistischen Grabenkriegen und

Morden zum Opfer – wie zuletzt am 22. Juli der 19jährige Gerard Lawlor, dessen einziges 'Vergehen es' war, Katholik zu sein. Doch diese Tatsache scheint die unionistischen Politiker weit weniger zu echauffieren als die blossen Tatsache, dass sich die IRA nicht bereits aufgelöst hat.

Unionisten im Zwist

Hintergrund der taktischen Geplänkel ist – neben der realen Gewalt im Norden und Osten Belfasts, die nicht wegdiskutiert werden kann – die bevorstehende Wahl zum nordirischen Parlament (Assembly) im Mai 2003.

Was würde passieren, wenn auf beiden Seiten die extremeren Par-

teien die Oberhand bekämen? Könnten Paisleys DUP und Sinn Féin partnerschaftlich eine Regierung führen? Vor allem bei den Unionisten wird um den Kurs gerungen. David Trimble

geriert sich, als sei er die Personifizierung des Friedensprozesses: Schaut her – ohne mich geht nichts! Das aber nehmen ihm seine innerparteilichen Gegner genausowenig ab wie die Rivalen von den Demokratischen Unionisten Ian Paisleys. Mit dem harten Kurs gegenüber Sinn Féin will Trimble sich in erster Linie selbst den Rücken frei halten. Nur so, glaubt er, kann er als Anführer der Unionisten überleben; nur so kann er verhindern, dass seine Ulster Unionists von Paisleys Truppe bei den Wahlen überflügelt wird. Mehr noch – mit welcher inhaltlichen Strategie sollen die Ulster Unionists in den Wahlkampf ziehen? Mit der Mehrheitsposition (?) pro Agreement? Oder unter dem Banner der Neuverhandlung des Belfast Abkommens von 1998? Etwa 'Seit' an 'Seit' mit der DUP? Und ist es ratsam, als Regierungspartei in die Kampagne zu ziehen, oder wäre es taktisch geschickter, die Regierung rechtzeitig vorher unter irgendeinem Vorwand platzen zu lassen? Wie bringt man seine eigenen Anhänger hinter sich und wehrt den Angriff der DUP ab? Über all diesen taktischen Winkelzügen scheint David Trimble ab und an zu vergessen, dass er nicht nur Parteiführer, sondern auch Premierminister ist – und damit den Menschen Nordirlands, und nicht nur seiner Partei, oder gar nur einem Teil seiner Partei verpflichtet.

Strukturprobleme

Die Unruhen in den Belfast Arbeitervierteln im Norden und Osten werfen Licht auf einige der strukturellen Probleme Nordirlands. Obwohl als "Friedensdividende" die Arbeitslosig-

Die Holperstrecke zum Frieden

10. April 1998

Das Belfaster Karfreitagsabkommen wird von den meisten Parteien Nordirlands unterzeichnet.

22. Mai 1998

Referendum in Nordirland: 81,1 % Beteiligung; 71,1 % für, 28,9 % gegen das Abkommen; Referendum in der Republik Irland: 56,3 % Beteiligung; 94,4 % für, 5,6 % gegen das Abkommen.

25. Juni 1998

Wahlen zum nordirischen Parlament.

15. August 1998

Die Real IRA, eine Dissidentenabspaltung von der IRA, tötet 29 Menschen beim brutalsten Bombanschlag der 'Troubles' in Omagh.

1. Dezember 1999

Nordirische Regierung eingesetzt, David Trimble (UUP) First Minister; Seamus Mallon (SDLP) Deputy First Minister.

12. Februar 2000

Nordirlandminister suspendiert vorübergehend die nordirischen Institutionen, um Austritt der Unionisten zuvorzukommen (wg Mangel an Dekommissionierung von IRA-Waffen).

6. Mai 2000

Absichtserklärung der IRA, sie werde Waffen "umfassend und verifizierbar unbrauchbar" machen.

1. Juli 2001

Trimble tritt als First Minister zurück, lässt aber seine Rückkehr offen.

23. Oktober 2001

Erster Dekommissionierungs-Akt der IRA.

5. November 2001

David Trimble (First Minister) und Mark Durkan (SDLP – Deputy First Minister) im nordirischen Parlament bestätigt.

8. April 2002

Zweiter Dekommissionierungs-Akt der IRA

16. Juli 2002

IRA-Entschuldigung

keit insgesamt auf dem tiefsten Stand seit 30 Jahren angelangt ist, kann man argumentieren, dass der Friedensprozess die Arbeitslosen im

Getto bisher nur gestreift hat. John Cole ging im *Guardian* so weit zu behaupten, dass die beteiligten Regierungen mit dem Belfaster Abkommen einen "relativen Frieden für die Mittelklasse in Ulster und für englische Städte gekauft" hätten: "Der Preis dafür war die Auslieferung der Arbeiterbevölkerung in den republikanischen und loyalistischen Gettos an die Launen ihrer gewalttätigen 'bully-boy masters'".

Dazu kommt, dass eine umfassende Studie unter 3-6jährigen Kindern in Nordirland selbst in diesem jungen Alter weitverbreitete sektiererische Vorurteile und Bigotterie fand. Schon im Vorschulalter werden Vorurteile ausgeprägt; im Alter von sechs haben 15 % der Kids bereits fest geformte Aversionen gegen die "andere Seite." (www.guardian.co.uk/nireland). Nordirlandminister John Reid zeigte sich schockiert von dieser Studie. Eltern, die in ihren Kindern diese Art Bigotterie schürten, machten sich der Kindesmisshandlung schuldig. Doch darf es im Grunde nicht überraschen, dass tief gespaltene Bevölkerungsgruppen sich im Denken und Verhalten der Kinder spiegeln. In den Arbeitervierteln von Belfast entwickelt sich daraus der Sprengstoff,

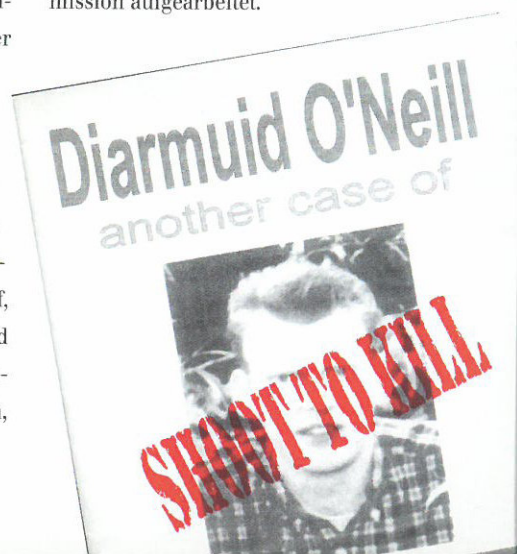
der die Unruhen zum Ausbruch bringt und nährt. (Ein gutes Buch zu diesem Themenkomplex ist Mike Morrissey und Marie Smyth,

Northern Ireland after the Good Friday Agreement: Victims, Grievance and Blame, London: Pluto Press, 2001)

Doch es gibt auch hier Hoffnungsschimmer. In einem Projekt des 'Building the Future Youth Committee' tauschen sich 16-17jährige Jugendliche aus Belfast und Pristina (Kosovo) aus – als Ergebnis einer Konferenz, die im Juni 2001 die Auswirkungen von über dreissig Jahren Konflikt auf die während dieser Zeit aufgewachsenen Jugendlichen – die Kinder der 'Troubles' – zum Thema hatte.

Kampagnen

Die letzten 30 Jahre haben viele Wunden geschlagen – über 3500 Tote und unzählige Verletzte werfen einen langen Schatten. Da ist es nicht leicht, einen Strich drunter zu ziehen und den Aufbau der Zukunft auf die Tagesordnung zu setzen. Unter grossem Aufwand wird das Massaker vom 'Bloody Sunday' (30. Januar 1972 – der 'Anlass für den 'Bloody Friday' im selben Jahr) – von der Saville-Untersuchungskommission aufgearbeitet.



Die Angehörigen der ermordeten Anwälte Pat Finucane und Rosemary Nelson verlangen öffentliche Untersuchungen. Das *irland journal* sah sich mit den Forderungen nach gerechter Bestrafung für die britischen Soldaten konfrontiert, die in Belfast Peter McBride erschossen und nach nur zwei abgeleiteten Jahren im Gefängnis wieder in die Armee aufgenommen wurden und derzeit in Deutschland stationiert sind. Angehörige republikanischer Anschläge haben sich zusammengeschlossen und prangern die ihrer Ansicht nach zu kulante Politik der britischen Regierung gegenüber der IRA an. Viele dieser Anliegen haben das moralische Recht auf ihrer Seite und verdienen Unterstützung. Es ist allerdings nicht unwichtig, ob die

Kampagne „Gerechtigkeit im Fall Peter McBride“, c/o Dr. Ursula Grandel
Holzhausiedlung 15, 84069 Schierling, Tel.: 09451/949859
Email: uschl.grandel@t-online.de

4.06.2002

Eintreten für Menschenrechte ist keine Privatsache der Opfer

Eine Antwort auf die Stellungnahme des Irlandjournals zum Fall Peter McBride

geehrte Damen und Herren,

Mutter, die seit Jahren darum kämpft, dass die britische Armee ihre Entscheidung revidiert, die Soldaten, die ihren Sohn im Belfaster Stadtviertel New Lodge hinterrücks erschossen haben, der Armee zu belassen, hat unsere Unterstützung und unseren Respekt verdient. Was kann wohl Journalisten bewegen, einen Artikel zu schreiben, um diese Frau und ihren Einsatz herabzudrücken? Die Frage ist umso mehr angebracht, als sich unter dem hochtrabenden Titel „Wir haben

Bemühungen von dem Willen nach Versöhnung getragen sind, ob sie zurück *und* nach vorne schauen, ob sie, mit anderen Worten, Teil eines Heilungsprozesses sein wollen, der auch vor traurigen Taten der Vergangenheit seine Augen nicht verschliesst, oder ob sie vielmehr Teil dieser Vergangenheit sind, im Grunde in der Ver-

gangenheit verhaftet und nicht in der Lage oder nicht willens, nach vorne zu schauen. Dabei ist es sicher oftmals leichter, sich auf eine gemeinsame Vision der Zukunft zu einigen, als eine gemeinsame Sicht der Vergangenheit zu etablieren. Entschuldigung und Vergebung sind ein komplexer interaktiver Prozess, bei dem es auch um Macht geht. Wer sich entschuldigt, begibt sich in die Gnade seines Opfers. Weisst das Opfer die Entschuldigung zurück, so gibt es keinen Fortschritt. Aber die Beziehung hat sich trotzdem geändert. Wird die Entschuldigung akzeptiert, so geht die Initiative an den „Entschuldigten“ zurück – die beiden gehen aufeinander zu. Vergebung ist möglich. Doch der Prozess, und da haben fast alle, die sich in diesen Kampagnen engagieren, recht, muss auf Wahrheit beruhen. Das Eingeständnis von Schuld und die Entschuldigung der IRA eröffnen den Weg, die Opfer am Friedensprozess teilhaben zu lassen. Und für uns gilt, wie bisher: wir möchten uns vor keinen Karren spannen lassen.

Hoffungsvolle Gesten und

ein weiteres Ultimatum

Die Botschaften dieses Sommers sind widersprüchlich. Kevin Toolis hat die Geste von Gerry Adams, den „Märtyrern der Bewegung“ Gedenkmedaillen umzuhängen, als eine Geste gewürdigt, die den „Schluss der Kampagne“ markie-

re. Dass der zum Belfaster Bürgermeister gewählte Sinn Féin-Stadtrat Alex Maskey (siehe *ij4/02*) im Juli am Denkmal für die Gefallenen an der Somme einen Kranz niederlegte, gehört ebenfalls zu den versöhnenden Gesten dieses Sommers. Wie auch die Tatsache, dass sich Sinn Féin und IRA schliesslich doch noch konziliant zeigten, ein IRA-Denkmal von seinem umstrittenen Standort zu versetzen. Die postivste Note aber bleibt die IRA-Entschuldigung. Wie erwartet, zeigte die britische Regierung den Paramilitärs auf republikanischer wie loyalistischer Seite nur eine „blassgelbe Karte“, anstatt den Forderungen Trimbles nach Sanktionen stattzugeben, die die Institutionen in Nordirland aufs Spiel gesetzt hätten. Doch die Botschaft war klar genug: es darf keine rechtsfreien Räume in Nordirland geben. Den entschuldigenden Worten müssen jetzt Taten folgen. Das Belfaster Abkommen sieht den umfassenden Rückzug von Waffen und Armeen aus der Politik vor. Trimble hat derweil sein Ultimatum auf Ende September vertagt, wenn der Parteikongress der UUP das nächste mal zusammentritt. Er muss sich die Frage gefallen lassen: Wäre es nicht besser, sich auf die Regierung Nordirlands zu konzentrieren, und dann im Mai die Wähler entscheiden zu lassen?

Eberhard Bort